bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 05 | 03. März 2006

Rechte Szene 2

Partei im Notstand
Die NPD-Führung verhängt Sanktionen gegen einen weiteren Kreisverband. Funktionäre werden amtsenthoben oder ausgeschlossen.

Braune Unterstützerszene
Neonazi-Aufmärsche und NPD-Wahlkampf laufen in Sachsen-Anhalt parallel.

Zielgerichteter Terror
Viermal in drei Wochen wurden Studenten aus China in Köthen Opfer rechtsextremer Gewalt.

„Zusammengeschlagen“
Rechte Gewalt im Stadtteil nimmt zu.

Wahlen 5

Gebremste Materialschlacht
Manche Kommune in Sachsen-Anhalt hat aus 1998 gelernt und setzt dem 1,5-Millionen-Wahlkampf der rechtsextremen DVU auch bisweilen enge Grenzen.

Grauzone 6

Im rechten Dunst
CDU-Politiker aus Sachsen in fragwürdiger Gesellschaft.

„Demokratie-Schmarotzer“
Örtlich agierende Gruppen wie die „Patriotische Runde“ oder die „Coburger Runde“ geben sich nach außen einen bürgerlichen Anstrich – sind in ihrem Programm aber stramm rechts.

„Meinungsterror“
Die „Junge Freiheit“ sieht – wieder mal – die Pressefreiheit bedroht und sich als Opfer im Kampf gegen eine „imaginäre Gefahr von rechts“.

Ausland 9

Neue Partner
US-amerikanische Skinheads aus dem Umfeld von „Blood&Honour“ verabreden einen einheitlichen Kleidungs- und Verhaltenscode und wollen „überholte rassenbezogene Symbole“ meiden.

„Im politischen Exil“
Holocaust-Leugner finden im Iran Zuflucht. Die dortige Regierung hat bei deutschen Rechtsextremisten einen guten Ruf.

Blick in die Zeitgeschichte 11

Die Facetten des Grauens
Neue Dauerausstellung im Haus der Wannsee-Konferenz.

Meldungen 12

Rechte Szene

Partei im Notstand

Die NPD-Führung verhängt Sanktionen gegen einen weiteren Kreisverband. Funktionäre werden amtsenthoben oder ausgeschlossen.

Wie erwartet, schloss das Landesschiedsgericht Bayern am 18. Februar Günter Deckert aus, der im Herbst 2005 als Landesvorsitzender in Baden-Württemberg abgesetzt worden war. Deckert habe das Wahlkampf- und Finanzkonzept der Partei für die Landtagswahl im Südwesten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, hieß es zur Begründung. Außerdem habe er Parteimitglieder einer möglichen Strafverfolgung ausgesetzt, indem er zu Unrecht angebliche Unkorrektheiten bei der Aufstellung von Kandidaten behauptet habe. Deckert selbst erklärte das Schiedsgericht für befangen.

Neuestes Opfer der harten Linie ist die NPD Kurpfalz/Rhein-Neckar. Der Parteivorstand verhängte am 20. Februar den „organisatorischen Notstand“ über den Kreisverband, der zum Deckert-Anhang gerechnet wird. Für wie brenzlig die Voigt-Riege die Entwicklung dort hält, deutet die Entscheidung über die kommissarische Verwaltung des Kreisverbands an: Der stellvertretende Bundesvorsitzende und NPD-Generalsekretär Ulrich Eigenfeld aus Niedersachsen wurde damit betraut. Kreisvorsitzender war bislang Stefan Wollenschläger, gegen den die NPD ein Ausschlussverfahren einleiten will. Die Struktur des Kreisverbandes solle dazu missbraucht werden, eine neue Partei zu gründen, wirft die Parteispitze Wollenschläger & Co. vor.

Gemeint ist eine so genannte „Deutsche Liste“. Schon diese Namensgebung muss für die Parteioberen eine Provokation sein – zog doch unter diesem Label Deckert wiederholt in den Weinheimer Stadtrat ein. Wollenschläger und der DVU-Kreisbeauftragte Martin Schumacher bestreiten, dass es ihnen um die Gründung einer neuen Partei geht: „Die ‘Deutsche Liste’ ist eine kommunale Bündelung der nationalen Kräfte im Raum Mannheim.“ Als Vorbild nennen sie das Nationale Bündnis Dresden, für das immerhin Parteivize Holger Apfel in den Dresdner Stadtrat einzog. „Es ist zu keiner Zeit beabsichtigt gewesen, eine neue Partei zu gründen“, beteuern Wollenschläger und Schumacher. Dies könne nur ein „Missverständnis“ sein. Einem solchen „Missverständnis“ saß aber offenbar auch DVU-Parteichef Gerhard Frey auf: Er soll seinem Kreisbeauftragten Schumacher mitgeteilt haben, dieser habe „seine DVU-Mitgliedschaft verwirkt“. Der NPD-Kreisvorstand will – Amtsenthebung hin oder her – weitermachen wie bisher: Er nehme für sich einen „Befehlsnotstand“ in Anspruch. An seiner täglichen Arbeit werde sich „überhaupt NICHTS ändern“.

Im Saarland klimmt ein weiteres Feuer in der NPD. Am 13. März geht es vor dem Landgericht Saarbrücken um die Auseinandersetzung zwischen Peter Marx und dem Völklinger NPD-Stadtratsmitglied Odfried Best. Marx will Best die Behauptung untersagen lassen, er habe nicht nur von der Tätigkeit von V-Leuten des Verfassungsschutzes in der Partei gewusst, sondern auch finanziell davon profitiert. Bereits am 28. Februar fand eine Verhandlung gegen Best vor dem Landesschiedsgericht Saar der Partei statt. Freilich in Abwesenheit Bests. Der ließ Freunde und Gegner wissen, der Vorsitzende des Schiedsgerichts, Klaus Wartenfels, sei befangen, da er Marx’ Leibwächter sei. Zudem kolportiert Best über Wartenfels, dieser sei „ein ehemaliger Bankräuber und Ex Söldner, der selber sagte, es habe ihm nichts ausgemacht auch Kinder umzubringen“.

Auch der sächsische Landesverband ist nach den Turbulenzen um die ausgetretenen Abgeordneten Mirko Schmidt, Klaus Baier und Jürgen Schön noch nicht wieder völlig zur Ruhe gekommen. Der von der Partei gegen vier Kreisverbände verhängte organisatorische Notstand gilt nach wie vor für den Kreisverband in Görlitz. „Der auch ohne mich kritische Görlitzer Verband soll endgültig zerschlagen werden“, unterstellt dessen Ex-Vorsitzender Jürgen Krumpholz, der persönlicher Referent Baiers ist und schon vor dem Abgeordneten aus der Partei ausgetreten war, der Parteispitze. Und: „Kritiklose Arschlecker und Jubelklatscher sind die Lieblingsmitglieder dieser dilettantischen Führungsclique.“ Ausgetretene und Noch-NPD-Mitglieder sowie „freie“ Neonazis wollen unter einem neuen Dach weiter zusammenarbeiten: Als „kommunale Wählervereinigung“ wurde ein „Nationales Bündnis Görlitz“ gegründet.

Tomas Sager

Braune Unterstützerszene

Neonazi-Aufmärsche und NPD-Wahlkampf laufen in Sachsen-Anhalt parallel.

Rund fünf Prozent der Wähler in Sachsen-Anhalt können sich aktuell vorstellen, bei der Landtagswahl Ende März rechtsextreme Parteien zu wählen. Umfragewerte von Infratest dimap zufolge sind sich zwei Prozent der Wähler zudem sicher, rechtsextrem zu wählen.

Auf der von dem Dessauer Rechtsanwalt Ingmar Knop angeführten DVU-Liste kandidieren auch drei führende NPD-Aktivisten. Darunter auf Platz 11 das NPD-Stadtratsmitglied Steffen Hartmann aus Sangerhausen. Er war am letzten Februar-Wochenende einer der Organisatoren diverser neonazistischer Veranstaltungen in Sachsen-Anhalt. Der NPD-Kreisverband Sangerhausen an der thüringischen Landesgrenze rief auf zur Gedenkveranstaltung für deutsche Bomben-Opfer von 1945, nur eine Handvoll Aktivisten folgten. Mit Fahnen und ernster Miene marschierte die kleine braune Truppe über den örtlichen Friedhof. Beim Absingen der ersten Strophe des „Deutschlandliedes" grölten die NPD-Anhänger um so lauter. Einem älteren Rechtsanwalt aus Sangerhausen, der Hartmann im NPD-Wahlkampf unterstützt, war das sichtlich peinlich, er beschwor in seiner Rede die angebliche Unschuld Hitler-Deutschlands am Zweiten Weltkrieg. Von Gewaltbereitschaft innerhalb der Szene wollte er nichts wissen, brüstete sich aber damit, die „Kameradschaft Ostara" des Freien Nationalisten Enrico Marx aus Sotterhausen auf eine „ordentliche Linie" gebracht zu haben.

Währenddessen trafen sich in Schönebeck rund 250 Neonazis aus Sachsen-Anhalt, Leipzig, Hamm, Brandenburg und Thüringen am Bahnhof Salzelmen, um unter der Führung der Jungen Nationaldemokraten (JN) gegen „Medienhetze" zu demonstrieren. In Schönebeck zog bereits ein Demonstrationszug unter dem Motto „Schutz der Demokratie gegen das Erstarken faschistischer Kräfte" durch die Innenstadt, der an den rechtsextremen Übergriff im Januar gegen ein 12-jähriges Kind in Pömmelte erinnern wollte. Über 400 Polizisten begleiteten sie. Ein heilloses Durcheinander herrschte, als Neonazis Farbflaschen und Rauchbomben aus einem leerstehenden Haus auf die Vorbeigehenden warfen. Offensichtlich überfordert, schlugen Beamte auf die Demonstranten ein und stürmten erst später das Gebäude. Die Täter waren bereits über alle Berge. Bei einer Zwischenkundgebung der Nazi-Gegner wurde ein Teilnehmer von fünf Neonazis angegriffen und ihm mit Stiefeln zwei Zähne ausgetreten. Auch von diesen Tätern fehlt jede Spur. Zu den Rednern des Neonazi-Aufmarsches zählten Sascha Krolzig aus Hamm und der Landeschef der thüringischen JN, Thomas Wienroth.

Als strategischer Mittelsmann zwischen gewaltbereiter Kameradschafts- und NPD-Szene in Sachsen-Anhalt und den Anführern der DVU-Kandidatenliste scheint JN-Kader Michael Schäfer aus Wernigerode eine wichtige Rolle zu spielen. Schäfer und Co. organisierten auch den Aufmarsch in Schönebeck. Ohne Unterstützung der Kameradschaftsszene gelingt der Riege um Knop kein Erfolg versprechender Wahlkampf.

Zu einem weiteren Zwischenfall kam es am Samstagabend während einer Podiumsdiskussion im Rathaus von Wernigerode im Ostharz. „Ist der Rechtsextremismus eine reale Gefahr für Deutschland?" Dieser Frage gingen Teilnehmer eines Forums nach, darunter auch die Bundesvorsitzende der Grünen, Claudia Roth. Zuvor hatten NPD-Vertreter versucht, die Stadt in einem Schreiben unter Druck zu setzen und eine Teilnahme eingefordert. Die Neonazis quittierten eine „saftige Ablehnung", wie sie selber schreiben. Ein großes Polizeiaufgebot und zivile Beamte im Saal sollten dennoch für einen reibungslosen Ablauf der Veranstaltung sorgen. Nach etwa zwei Stunden öffnete jedoch jemand von innen unbemerkt die Rathaustür und ließ mehrere vermummte Rechtsextremisten aus dem Umfeld des „Nationalen Beobachters Wernigerode", darunter Wortführer Michael Schäfer (JN), in den Saal. Dort entrollten die Neonazis ein Transparent („Ihr kotzt uns an") und verteilten Flugblätter. Als jemand im Saal „Setzt euch hin, und diskutiert mit uns" rief, verschwanden die Störer so schnell, wie sie gekommen waren.

Etwas weiter östlich in Annaberg löste die Polizei nur wenige Zeit später eine Musikveranstaltung der rechten Szene auf. Insgesamt 293 CDs, Musikinstrumente und Devotionalien wurden sichergestellt und 16 Strafermittlungen eingeleitet.

Andrea Röpke

Zielgerichteter Terror

Viermal in drei Wochen wurden Studenten aus China in Köthen Opfer rechtsextremer Gewalt.

Studenten an der Fachhochschule Anhalt in Köthen in Sachsen-Anhalt leben derzeit nicht ungefährlich – insbesondere wenn sie chinesischer Herkunft sind. Einer Sonderermittlungsgruppe der Polizei in Dessau ist es jetzt nach relativ kurzen Ermittlungen gelungen, eine Gruppe von zehn Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 21 Jahren in Gewahrsam zu nehmen, deren Mitglieder in den vergangenen Wochen in unterschiedlicher Zusammensetzung chinesische Studenten angegriffen haben. Zwischen dem 5. und dem 23. Februar wurden mindestens vier Überfälle der Gruppe bei der Polizei aktenkundig.

Alle zehn Tatverdächtigen stammen aus Köthen und sind der Polizei mit rechtextremem Hintergrund einschlägig bekannt. Warum sich die Angriffe ausschließlich gegen chinesische Studenten richteten, ist noch nicht klar. Die Ermittlungen dauern an, die Beamten gehen aber von einem rechtsextremen und fremdenfeindlichen Hintergrund aus, heißt es aus dem Polizeipräsidium Dessau.

Fünf Angehörige der Gruppe hatten am 23. Februar zwei Studenten aus China zunächst verbal beleidigt. Anschließend war ein Jugendlicher mit erhobener Bierflasche über die Straße auf die beiden Gaststudenten zugerannt. Diese konnten sich in einer Sparkassenfiliale und in einem nahe gelegenen Studentenwohnheim in Sicherheit bringen. Am 5. Februar hatte ein chinesischer Student Anzeige bei der Polizei erstattet, weil er in der Vorhalle des Köthener Bahnhofes von Jugendlichen geschlagen worden sei. Die Polizei rechnet auch diese Tat der jetzt festgestellten Gruppe zu.

Zwei weitere Gewalttaten gegen Studenten aus China verzeichnete die Polizei für den 10. Februar. Am letzten Februar-Wochenende wurde gegen die zwei 15 und 17 Jahre alten Haupttäter Haftbefehl erlassen, teilten Polizei und Staatsanwaltschaft mit. Der Haftbefehl gegen den 17-Jährigen wurde gegen strenge Auflagen zunächst außer Vollzug gesetzt. der gegen den 15-Jährigen soll in einer Einrichtung der Jugendhilfe vollstreckt werden.

Eberhard Löblich

„Zusammengeschlagen“

Rechte Gewalt im Stadtteil nimmt zu.

Im Berliner Stadtteil Friedrichshain kleben auffällige Plakate mit der Überschrift „Zusammengeschlagen“. Damit wollen engagierte Bürgerinnen und Bürger auf die zunehmenden Übergriffe von Neonazis aufmerksam machen. Nach Angaben der Opferberatungsstelle Reach Out gab es im vergangenen Jahr 103 rechte Angriffe auf Personen in Berlin, 40 mehr als im Vorjahr. Friedrichshain lag mit 23 Angriffen an der Spitze. Sollte es der aktuelle Trend fortsetzten, könnte sich die Zahl in 2006 noch erhöhen.

Allein seit Anfang Januar wurden acht rechtsextreme Übergriffe bekannt. Alternativ aussehende Jugendliche und vermeintlich Nichtdeutsche wurden angepöbelt, bedroht und verprügelt. Am 1. Februar verletzten drei Rechtsextremisten einen Jugendlichen in der U-Bahn. Am 5. Januar wurden mehrere junge Leute von Rechtsextremisten geschlagen. Einer musste mit einem gebrochenen Arm und Schürfwunden ärztlich behandelt werden. Bewohner des Stadtteils können sich noch erinnern, dass die rechtsextremen Übergriffe in Friedrichshain Anfang der 90er Jahre an der Tagesordnung waren. Höhepunkt war der Mord an Silvio Meier im November 1992. Er war am U-Bahnhof Samariterstraße von einem Neonazi erstochen worden, den Meier wegen eines braunen Aufklebers zur Rede gestellt hatte. Das führte zu verstärktem Engagement demokratischer Organisationen. Danach ging die rechtsextreme Präsenz in dem Stadtteil zurück.

Die erneute Zunahme der Übergriffe wird von Stadtteilinitiativen als eine gezielte Strategie der Neonazis gesehen. So sind vor den Übergriffen Aktivisten der mittlerweile verbotenen „Kameradschaft Tor“ am Tatort gesehen worden. Aufgrund der Häufung der Überfälle soll ein „Bürgerbündnis gegen Rechts“ gegründet werden. Bei einem ersten Treffen waren neben zahlreichen Initiativen auch Parteienvertreter und die Bezirksbürgermeisterin Cornelia Reinauer anwesend. Zunächst soll die Bevölkerung über die Gefahr von rechts aufgeklärt und zur Zivilcourage animiert werden. Weitere Aktionen und Veranstaltungen sind in Vorbereitung.

Peter Nowak

23. Jahrgang | 05 | 03. März 2006

Wahlen

Gebremste Materialschlacht

Manche Kommune in Sachsen-Anhalt hat aus 1998 gelernt und setzt dem 1,5-Millionen-Wahlkampf der rechtsextremen DVU auch bisweilen enge Grenzen.

Die Gefahr, dass die rechtsextreme DVU nach ihrem Erfolg bei der Landtagswahl 1998 beim Urnengang am 26. März erneut in den Magdeburger Landtag einzieht, wächst deutlich. Das Meinungsforschungsinstitut infratest-dimap hat nach einer Umfrage im Auftrag des MDR (Befragungszeitraum 31. Januar/1. Februar) der rechtsextremen Partei, die auch mit drei NPD-Kandidaten auf ihrer Liste antritt, ein Wählerpotenzial von vier Prozent bescheinigt. Die Prognosen schwanken naturgemäß. Nach Angaben der Meinungsforscher ziehen weitere drei Prozent der noch unentschlossenen Wähler in Erwägung, eine rechte Partei zu wählen. Auch die DVU kennt die Statistiken. „Der von infratest-dimap jetzt ermittelte Sockel von vier Prozent rund acht Wochen vor der Wahl ist der mit Abstand höchste, den die Deutsche Volksunion jemals bei schließlich erfolgreichen Landtagskandidaturen zu einem vergleichbaren Zeitpunkt aufweisen konnte“, frohlockt es auf der website der Partei. Zudem sei es „eine alte demoskopische Erfahrung, dass a) ein erheblicher Teil des Rechtspotenzials sich erst in der allerletzten Wahlkampfphase zur entsprechenden Stimmabgabe entschließt und dass b) weniger Rechtswähler als Wähler anderer politischer Lager ihre Entscheidung den Meinungsforschern auch offenbaren“.

Der autokratische DVU-Chef, der Münchner Verleger und Multimillionär Gerhard Frey hat erneut ein Riesen-Wahlkampfbudget für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt bereitgestellt. Mehr als 1,5 Millionen Euro will Frey in den Wahlkampf investieren, deutlich mehr als im Jahr 1998 und auch deutlich mehr als das, was SPD und CDU zusammengerechnet für ihre diesjährigen Wahlkämpfe in Sachsen-Anhalt ausgeben. Doch Frey und seinen sattsam bekannten Materialschlachten werden inzwischen auch Grenzen gesetzt. So haben zahlreiche Kommunen in entsprechenden Beschlüssen festgelegt, zur Landtagswahl 2006 an keine der antretenden Parteien Einwohnermeldelisten auszureichen. Das trifft – auf den ersten Blick betrachtet – zwar alle Parteien und Listenverbindungen gleichermaßen, ist jedoch ziemlich eindeutig ein Affront gegen die DVU. Keine andere Partei schneidet ihren Wahlkampf so konzentriert auf nur eine Zielgruppe zu: junge Männer zwischen 18 und 28 Jahren aus den unteren sozialen Schichten. An diese Zielgruppe nun mit ihren massenhaften Postwurfsendungen heran zu kommen, wird der DVU zumindest in den Kreisen und Städten schwer fallen, die ihre Meldelisten unter Verschluss halten.

Auch in einem anderen Bereich setzen manche Kommunen der Materialschlacht der DVU im Wahlkampf enge Grenzen. Denn nach den Erfahrungen von 1998 haben zahlreiche Gemeinden ihre entsprechenden Satzungen dahin gehend geändert, dass sie den Parteien die Anzahl der Plakate vorschreiben, die sie innerhalb des Gemeindegebietes hängen dürfen. Die DVU meinte aber offenbar, dass diese Vorschriften für sie nicht gelten und überschritt die Vorgaben bisweilen mehr als deutlich. Die Kommunen reagierten entsprechend. So hat die Stadt Wernigerode im Harz 130 Wahlkampfplakate der DVU im Wege der Ersatzvornahme entfernt, nachdem die rechtsextreme Partei einer Aufforderung des Ordnungsamtes, die Zahl der Plakate eigenständig zu reduzieren, nicht nachgekommen war. Auch in Magdeburg bediente sich die DVU viel zu üppig der kostenlosen Werbeträger Laternenpfahl. Hier wurden rund 400 Plakate amtlich entfernt.

DVU-Chef Frey hat offenbar aus dem Parlamentsdebakel seiner Parteifreunde zwischen 1998 und 2002 gelernt. Was er seinerzeit noch am Wahlabend als „Zierde dieses Parlaments“ in den Himmel gelobt hatte, entpuppte sich wenig später als in sich zerstrittene Ansammlung von unter anderem einem Tierquäler, einem ehemaligen Stasi-Spitzel, einem Abgeordneten, der eine Prostituierte mit einem ungedeckten Scheck um ihren Liebeslohn prellte, und einem Mann, der regelmäßig seine Ehefrau verprügelte. Es waren seinerzeit eher Skandale und Peinlichkeiten denn politische Initiativen, mit denen die 16 Abgeordneten auf sich aufmerksam machten, die zunächst für die DVU in den Landtag eingezogen waren. Schließlich spaltete sich die Fraktion, und noch heute beschäftigt sich die Justiz mit dem ersten Parlamentsgastspiel der rechtsextremen Partei in

Sachsen-Anhalt. Der ehemalige Vorsitzende der Landespartei und der Landtagsfraktion, Dieter Kannegießer, wurde im vergangenen Jahr wegen Untreue zu acht Monaten Haft auf Bewährung verurteilt, nachdem die Fraktion Gelder in bedeutender Höhe zweckentfremdet ausgegeben hatte. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, Kannegießer hat Berufung eingelegt.

Frey schätzte die Chancen seiner Partei nach den Kapriolen seiner Schützlinge wohl richtig ein und trat 2002 gar nicht erst zur Landtagswahl an. Stattdessen nutzte er die Zeit für einen grundlegenden Neuanfang der DVU in Sachsen-Anhalt. Zwar hat sich nicht das Prinzip der Kandidatenwahl – Abnicken der von Frey vorgelegten Liste auf einem Parteitag an geheim gehaltenem Ort, zu dem die Mitglieder in Bussen kutschiert werden – geändert, wohl aber Freys Auswahl der Kandidaten. Mit dem Rechtsanwalt und DVU-Landeschef Ingmar Knop hat sich Frey einen durchaus vorzeigbaren Spitzenkandidaten herangezogen, der zudem nicht müde wird, den demokratischen Parteien öffentliche Sachdiskussionen anzutragen. Und der dann im Internet-Auftritt der DVU um Mitleidspunkte heischt, wenn diese mehr oder weniger angewidert ablehnen.

Besonders angewidert vom DVU-Wahlkampf zeigt sich die SPD, die rechtliche Schritte gegen die rechtsextreme Partei hat prüfen lassen. Denn die beruft sich in einem Wahlkampf-Spot ausgerechnet auf historische Sozialdemokraten wie unter anderem August Bebel sowie Kurt Schumacher. So habe SPD-Mitbegründer August Bebel, wie der Spot suggeriert, „das Deutsche Reich von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“ gewollt. Kein Zweifel, die DVU-Rechercheure haben dieses Zitat sicherlich in den Schriften oder Reden Bebels gefunden, aber die Einordnung dieses Zitates in historische Zusammenhänge vermeiden sie tunlichst. Wie auch bei den Zitaten anderer historischer SPD-Größen, die die DVU in dem Spot zum Zeugen der eigenen politischen Linie aufruft. Dem Ganzen setzt Parteichef Gerhard Frey zum Ende des Wahlwerbespots noch die Krone der Peinlichkeiten auf: „Die DVU kämpft für das Vermächtnis sozialdemokratischer Patrioten, das von den eigenen Genossen heute verraten wird“. Der Spot war bisher nur im Internet zu sehen, ob und wann er im MDR gesendet wird, ist derzeit noch offen.

Eberhard Löblich

Grauzone

Im rechten Dunst

CDU-Politiker aus Sachsen in fragwürdiger Gesellschaft.

Interviewpartner der aktuellen Ausgabe der extrem rechten „Deutschen Militärzeitschrift“ (DMZ, März-April-Ausgabe 2006) ist der sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche (Jg. 1959). Das Nitzsche-Interview findet sich inmitten von Anzeigen der rechtsextremen Wochenzeitungen „Der Schlesier“ und „Zur Zeit“, dem neurechten Ares Verlag, dem rechtsextremen Deutsche Stimme–Verlag (NPD) oder dem Munin-Leserdienst, der für die Waffen-SS-verherrlichende Monatszeitschrift „Der Freiwillige“ wirbt. Artikel dieser DMZ-Ausgabe tragen Titel oder Untertitel wie „Adolf Hitler als Feldherr und Stratege“, „Die Eichenlaubträger“ oder „Die Abwehrschlacht. Die Kämpfe im Süden der Ostfront 1943 – 45“. Vom DMZ-Versand werden geschichtsrevisionistische Bücher wie „Der Untergang Dresdens“ von David Irving oder „Himmlers Tod“ von Joseph Bellinger angeboten.

Chefredakteur der DMZ ist Manuel Ochsenreiter, vormals Redakteur der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF). Zur Feder greifen für die DMZ-Ausgabe auch die JF-Autoren Peter Freitag, Heinz Magenheimer und Michael Wiesberg. Vertrieben wird die DMZ vom rechtsextremen Verleger Dietmar Munier aus Selent bei Kiel. Die Postfachadresse der DMZ ist mit dem Munier-Verlag Pour le Merite identisch. Muniers Buchdienste sowie sein Lesen & Schenken-Versand zählen laut Verfassungsschutz zum rechtsextremen Spektrum.

Nitzsche lieferte zuletzt bei der vergangenen Bundestagswahl Schlagzeilen. Sein Wahlkampfmotto „Arbeit, Familie, Vaterland“ hatte der Union scharfe Kritik von führenden SPD-Politikern eingetragen. Die Parole „Arbeit, Familie, Vaterland“ wurde in den 40er Jahren vom französischen Vichy-Regime geprägt, das mit NS-Deutschland zusammengearbeitete. Unter diesem Leitmotiv fand im Übrigen im Oktober 2004 im thüringischen Leinefeld der NPD-Bundesparteitag statt.

Bereits Ende 2003 hatte Nitzsche für Ärger gesorgt, als er behauptete, eher werde einem Muslim „die Hand abfaulen“, als dass er CDU wähle. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, dass der JF-Interviewpartner Nitzsche Wochen zuvor – neben dem damaligen CDU-Parlamentarier Martin Hohmann – Teilnehmer des JF-Sommerfestes mit Dampferfahrt war.

Anton Maegerle

„Demokratie-Schmarotzer“

Örtlich agierende Gruppen wie die „Patriotische Runde“ oder die „Coburger Runde“ geben sich nach außen einen bürgerlichen Anstrich – sind in ihrem Programm aber stramm rechts.

In zwei Städten Bayerns lebt gerade eine Idee auf, die in den 80er Jahren bereits von der NPD praktiziert wurde. Bundesweit propagierte die Partei seinerzeit so genannte Freundeskreise „Ein Herz für Deutschland“. Die Nationaldemokraten wollten partout ihren Namen in der Öffentlichkeit tarnen. Genau diese Masche beobachtet man jetzt in Kronach und Coburg.

Da mobilisiert zum einen die „Patriotische Runde AUF GUT DEUTSCH“ (PR) in Kronach und Umgebung, während zum anderen in Coburg sich eine „Coburger Runde“ CR) etabliert hat. Die CR ist vernetzt mit der – in der Öffentlichkeit weitgehend inaktiven – Deutschland-Bewegung von Alfred Mechtersheimer. Auf deren Internet-Seite wird auf die monatlichen Veranstaltungen der CR hingewiesen. Zwei der CR-„Macher“ kommen dabei aus dem Republikaner-Lager, dem sie aber inzwischen den Rücken gekehrt haben. Da ist einerseits Peter Schreiber (32), der es sogar schon in den Bundesvorstand der Republikanischen Jugend (REP-Jugendorganisation) gebracht hatte und deren Pressesprecherposten er bekleidete. Er war zudem als Republikaner bis 2001 Mitglied im Kreistag von Groß Gerau (Hessen). Ein aktiver Mitstreiter bei der CR ist auch Dietmar Döring (38), der von 1997 bis 2000 das Parteibuch der Republikaner besaß. Er leierte für die CR eine Kampagne „Nein zum EU-Beitritt der Türkei“ an. Die CR, die sich mindestens einmal monatlich trifft, bemüht sich, zu ihren Zusammenkünften prominente Referenten zu gewinnen. Dies waren zum Beispiel bisher Harald Neubauer (einer der Herausgeber des rechtsextremen Monatsmagazins „Nation&Europa“ aus Coburg und ehemaliges Mitglied bei Republikanern und der Deutschen Liga für Volk und Heimat) oder Rechtsanwalt Heinz Flöter von der rechtsextremen Gesellschaft für Publizistik. Ferner hatte die CR auch schon NPD-Besuch aus dem sächsischen Landtag. Die Coburger SPD hat nur einen Begriff für die Aktivisten der CR übrig: „Demokratie-Schmarotzer“.

Liederabend mit Frank Rennicke

Solch eine Bezeichnung dürfte wohl auch passend sein für den rechtsgerichteten Kronacher Klüngel von der „Patriotischen Runde AUF GUT DEUTSCH“. Sie lehnt sich offen an die Aktivitäten der NPD vor Ort an, gibt sich aber nach außen einen eher bürgerlichen Anstrich. So marschierte man am vergangenen Volkstrauertag gemeinsam mit der NPD im fränkischen Gräfenberg, um das Heldengedenken auszudrücken und Kränze niederzulegen. Knapp zwei Wochen später wurde damit gebrüstet, im benachbarten Haßlach einen gelungenen Liederabend mit dem rechtsextremen Barden Frank Rennicke vor über 200 Besuchern veranstaltet zu haben. Dazu traf man sich im Stammlokal der PR, im „Deutschen Hof“. Dort findet Anfang des Monats regelmäßig eine Versammlung statt.

Drahtzieher bei der „Patriotischen Runde“, auf deren Homepage man mit der deutschen Nationalhymne begrüßt wird, ist der NPD-Bezirksvorsitzende von Oberfranken, Kai Limmer (Jahrgang 1978). Der Maurer kandidierte zuletzt für die Partei zum Bundestag im Wahlkreis Bayreuth. Sein Pendant als PR-Organisator ist der parteilose Kaufmann Helmut Hühnlein (Jahrgang 1948) aus Küps. Zu ihrem Selbstverständnis schreibt die im Mai 2005 gegründete PR auf ihrer Website: „Die Patriotische Runde versteht sich als ein unabhängiges und überparteiliches Forum, dass allen heimatverbundenen Mitbürgern offen steht, denen Deutschland genauso am Herzen liegt wie uns.“

Horst Freires

„Meinungsterror"

Die „Junge Freiheit" sieht – wieder mal – die Pressefreiheit bedroht und sich als Opfer im Kampf gegen eine „imaginäre Gefahr von rechts".

Über politische Kampagnenfähigkeit verfügt die Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF) allemal – dies hätte die Leipziger Messeleitung bedenken sollen, als sie ihr einen Stand bei der Buchmesse vom 16. bis 19. März verwehrte. Und damit dem Flaggschiff neurechter Publizistik eine förmliche Steilvorlage lieferte. Zur Chronologie der Ereignisse: Nach mehrmaligem Briefwechsel wird der Zeitung endgültig am 30. Januar mitgeteilt, ihre Teilnahme gefährde die ordnungsgemäße Durchführung der Messe. Daraufhin initiiert der JF-Kommentator Günter Zehm („Pankraz") ab dem 7. Februar eine Unterschriftenkampagne, tags darauf werden Großanzeigen „Appell für die Pressefreiheit" in der „Süddeutschen Zeitung" und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" geschaltet. Zu den Unterzeichnern gehören die „üblichen Verdächtigen" wie der Verleger Herbert Fleissner, der CSU-Bundestagsabgeordnete Norbert Geis oder Journalist Klaus Rainer Röhl, aber auch „Focus"-Herausgeber Helmut Markwort und „Titanic"-Mitbegründer Eckhard Henscheid, der sich gegenüber Spiegel-Online über einen „Meinungsterror der Linken" auslässt. Am 10. Februar gibt die Messeleitung klein bei und erteilt die Zulassung. Die JF jubelt: „1500 unterzeichnen Appell für die Pressefreiheit und protestieren gegen die politisch motivierte Aussperrung".

Die Leipziger Messeleitung sieht ihre ursprüngliche Begründung anders. Sie hätte durchaus einen Messestand genehmigt – wenn es dem Blatt nicht auch darum gegangen wäre, dort sein 20-jähriges Bestehen zu feiern. Die JF sei bereits drei Mal Aussteller in Leipzig gewesen und die Unterstellung, eine Nichtzulassung sei politisch motiviert, damit falsch. Die Messe behalte sich rechtliche Schritte gegen diesen Vorwurf vor.

Die anfängliche Nichtzulassung liefert der JF willkommene politische Munition. „Ihr Heuchler", schallt es deutschen Politikern in großen Lettern auf ihrer Titelseite entgegen, „Nicht erst seit den islamistischen Protesten ist die Pressefreiheit in Europa bedroht" (JF 10.02.2006). Wer seit jeher die Warner vor Überfremdung und muslimischer Landnahme in Europa in die „rechte Ecke" gestellt habe, solle sich nun nicht wundern. Presse- und Meinungsfreiheit seien im Kampf gegen eine „imaginäre Gefahr von rechts" gerade in Deutschland längst der Schere im Kopf gewichen. (Die durchaus nicht imaginären Opfer rechter Gewalt wird diese Feststellung interessieren).

Holocaust-Gedenken als „Zivilreligion"

Im „clash of cultures", wie er soeben im Karikaturenstreit aufgeflammt sei, sieht die JF westliche Gesellschaften schlecht gerüstet. Diese hätten im Zuge ihrer Säkularisierung an Gemeinschaftsbindung verloren, was in islamischen Kulturen noch vital zur Verfügung stehe; hier zu Lande sei nichts mehr heilig: „nicht die Fahne, nicht die Ehre der Nation, der Familie, der Religion" (JF 10.02.2006). Als Verantwortliche werden im neurechten Weltbild „Berufsbewältiger" ausgemacht, die nationales Selbstbewusstsein durch die „Zivilreligion" des Holocaust-Gedenkens ersetzten. Was tun? In derselben Ausgabe der JF bezeichnet Chefredakteur Dieter Stein die Holocaust-Leugnung als „obszön" – im gleichen Maße obszön wie die Tatsache, dass im freiheitsliebenden Europa die einschlägige historische Forschung dem Strafrecht unterworfen sei. Konsequent wird anlässlich der Berichterstattung zum kürzlich stattgefundenen Wiener Prozess der Geschichtsfälscher David Irving nur milde getadelt: „klassischer Dissident" und „Mann der provokativen Thesen", habe dieser gleichwohl der Historikerzunft zur Verbreiterung ihrer empirischen Basis verholfen, bis übersteigertes Sendungsbewusstsein seinen Realitätssinn eintrübte.

Auf eine ähnliche Zurückhaltung kann der Historiker Götz Aly bei der Rezension seines jüngsten Buches „Hitlers Volksstaat" allerdings nicht hoffen: „veritabler K-Gruppen-Idiot", „sinistere Gestalt", Nutzer von „Zitatfälschungen" sind nur einige der Verbalinjurien, mit denen Aly seitens des Rechtsblatts überzogen wird. – Vielleicht hätten die zahlreichen Unterstützer des „Appells für Pressefreiheit" doch näher hinsehen sollen, für wen und was sie da ihre Unterschrift leisteten.

Michael Pechel

Ausland

Neue Partner

US-amerikanische Skinheads aus dem Umfeld von „Blood&Honour" verabreden einen einheitlichen Kleidungs- und Verhaltenscode und wollen „überholte rassenbezogene Symbole" meiden.

Es glich einer kleinen Revolution, was sich vor wenigen Monaten im US-amerikanischen Ohio abspielte. An einem geheimen Ort kam ein gutes Dutzend Anführer verschiedener Skinhead-Gangs zusammen, um ein gemeinsames Gremium zur Koordination zukünftiger Aktivitäten und Strategien zu installieren. Die aus mindestens acht verschiedenen Bundesstaaten angereisten Teilnehmer des Treffens, das offiziell als „Blood&Honour Council" (Rat) bezeichnet wird, entstammten dem Umfeld des gleichnamigen Skinhead-Netzwerkes. Die Geburtsstunde der ambitionierten Koalition ist aber gleichzeitig auch eine Kampfansage. Praktisch zum ersten Mal rüttelt eine Allianz jüngerer Skinhead-Gruppen öffentlich an der Autorität der „Hammerskins" (HS), dem seit den späten 80ern dominierenden Syndikat innerhalb der amerikanischen Kahlkopf-Subkultur.

Nicht von ungefähr zeichnet mit Brian James, Gründer der regionalen Skinhead-Gruppierung „Vinlander Social Club", ein ehemaliges HS-Mitglied für die die Organisation der Versammlung verantwortlich. Bereits die Einberufung ohne die vorherige Absegnung beziehungsweise eine offizielle Einladung der Mutterorganisation dürfte in den Reihen der „Hammerskin Nation" als Beleidigung und Herausforderung der eigenen Vormachtstellung aufgefasst werden. Die HS-Spitze blieb der Veranstaltung dann auch erwartungsgemäß ebenso fern wie die mit „Blood&Honour" (B&H) verfeindete Neonazi-Organisation „Volksfront" aus Portland. Vertreten waren dagegen Repräsentanten mehrerer rechter Musikvertriebe sowie Mitglieder der „Imperial Klans of America" und der rechtsextremen „National Alliance" (NA). Letztere wurde von den Skinheads trotz der Differenzen in der Vergangenheit als „politischer Partner" für die Arbeit in bestimmten Regionen ausgewählt. Laut des im Internet veröffentlichten Versammlungsprotokolls einigten sich die Anwesenden auf einen jährlichen Turnus für die Treffen und sprachen sich für die Aufnahme von weiteren den Kriterien des Rates entsprechenden Gruppen aus. Darüber hinaus wurde ein einheitlicher Kleidungs- und Verhaltenscode für öffentliche Aktionen festgelegt. Ebenso wie in Bezug auf die Produktion von Musik votierte die Mehrheit dabei für eine stärkere Orientierung am profitablen populär-kulturellen Mainstream. „Überholte rassenbezogene Symbole" seien künftig zu vermeiden. Etwas überraschend wurden dabei auch Hakenkreuze oder SS-Abzeichen (Symbol der B&H-Bewegung ist die Triskele) aufgeführt. Abschließend stellte der Rat eine Liste von Feinden zusammen, auf der sich zum Beispiel „National Socialist Movement"-Aktivist Bill White (angeblich ein Informant) und alle Mitglieder von „Volksfront" wieder finden. Hammerskins stehen nicht auf der Liste, jedoch werden sich die alt gedienten Hardliner kaum tatenlos mit dem drohenden Machtverlust abfinden. In jüngster Vergangenheit kam es auf Konzerten bereits mehrfach zu Auseinandersetzungen zwischen den rivalisierenden Lagern.

Drohender Machtverlust der „Hammerskins"

Die Ereignisse spiegeln das Hoch wider, in dem sich die Bewegung in den USA befindet. Wie aus einer kürzlich veröffentlichten Studie der Bürgerrechtsorganisation Anti-Defamation League (ADL) hervorgeht, haben die Aktivitäten rassistischer Skinheads in den letzten drei Jahren deutlich zugenommen. Zurückzuführen sei dies in erster Linie auf die Krise anderer potenzieller Auffangbecken der radikalen Rechten wie den „Aryan Nations" oder der „World Church of the Creator" (mittlerweile „Creativity Movement") und die verstärkte Nutzung des Internets als Kommunikations- und Propagandakanal. In den letzten Jahren entstanden viele unabhängige, lose organisierte Gangs oder Zellen, oftmals beschränkt auf eine einzige Stadt oder Vorort, die weder strukturell noch ideologisch einen homogenen Block darstellen. Schon allein deshalb steht die „neue Generation" von Skinheads dem Loyalitätszwang der Hammerskins skeptisch gegenüber. Der Machtkampf innerhalb der Szene könnte allerdings gerade für die Unentschiedenen zur Nagelprobe werden.

Michael Funk

„Im politischen Exil"

Holocaust-Leugner finden im Iran Zuflucht. Die dortige Regierung hat bei deutschen Rechtsextremisten einen guten Ruf.

Der im März 2005 untergetauchte bayerische Neonazi Gerd Ittner (Jg. 1958), Ex-DVU-Bundestagskandidat, hat sich erstmals wieder szenewirksam zu Wort gemeldet. Ittner, selbst ernannter „Staatsbürger und Sachwalter des Deutschen Reiches" sowie Anhänger des einstigen Rechtsterroristen Manfred Roeder, gibt in einem Schreiben an, dass er bereits seit 2005 „im politischen Exil im Iran" sei. Dort werde er, so eine interne Mail des „Nationalen Widerstands Nürnberg", bis zu seiner „Rückkehr ins Reich den Kampf mit unserer Unterstützung weiterführen." Das im Januar von Ittner verfasste mehrseitige Schreiben an „Kameradinnen und Kameraden, Reichsbürger" ist extrem antisemitisch und gewaltverherrlichend. Mitarbeitern von deutschen Behörden und Institutionen („Zions bundesdeutsche Bundesknechte") droht der überzeugte Nationalsozialist und offene Hitler-Verehrer mit „BRD-Regime-Verbrecher-Prozessen zu Nürnberg": „Die BRD ist vom Deutschen Volk abzuwickeln. Ihre Schergen und Erfüllungsgehilfen sind vor das Reichsgericht zu bringen und unnachsichtig abzuurteilen wegen Landes- und Hochverrates".

Den „iranischen Gastgebern" seines „politischen Exils" bescheinigt Ittner, dass diese „sehr" auf seine „Sicherheit bedacht" seien: „Dies ist vor allem bei der gegenwärtigen Situation um den Iran, da USrael und Alljuda zum Krieg hetzen, und wegen der bevorstehenden Holocaust-Konferenz keine übertriebene Vorsicht. Ihr wisst selber um die Organisation und Skrupellosigkeit des Weltjudentums und seiner Vasallen." Der aus der NPD ausgeschlossene Ittner wurde im April 2005 in Abwesenheit vom Landgericht Nürnberg-Fürth unter anderem wegen Volksverhetzung zu zwei Jahren und neun Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Kurz vor dem 18. Verhandlungstag tauchte er unter.

Ittner ist nicht der erste Holocaust-Leugner, der Zuflucht im Iran suchte. Auch der Schweizer Revisionist Jürgen Graf, 1998 wegen Widerhandlung gegen die Rassismus-Strafnorm zu 15 Monaten Haftstrafe verurteilt, hielt sich während seiner Flucht zeitweilig in Teheran auf. Manfred Roeder war Eigenangaben zufolge bei den offiziellen Staatsfeierlichkeiten nach der Machtübernahme von Khomeni 1979 in der iranischen Hauptstadt dabei.

Auf Einladung der iranischen Radio- und TV-Anstalten reiste 1999 der in Schweden lebende Holocaust-Leugner Ahmed Rami zu Vortragsreisen nach Teheran, wo er unter anderem in der Bilal Moschee sein antisemitisches Gedankengut verbreiten konnte. Im gleichen Jahr war auch der in Australien lebende gebürtige Deutsche Frederik Toben in Teheran. Er referierte zum Thema „Holocaust-Revisionismus und wie die Israellobbys mit den von ihnen kontrollierten Medien aus den Holocaust-Geschichten ihre Weltmacht gewannen und jetzt damit die Welt kontrollieren". Interviewpartner des staatlichen Rundfunksenders „Radio Iran" waren bislang unter anderem die Holocaust-Leugner Toben, Robert Faurisson, Gerd Honsik, Emil Lachout, Mark Weber, Ingrid Rimland und Ernst Zündel. 1999 sagte Zündel über die Programmmacher von „Radio Islam": „Wir Deutschen sollten den Iranern dankbar sei für diese Hilfe bei der Befreiung unserer Heimat vom geistigen Joch der Sieger."

In den letzten Wochen führte die iranische Nachrichtenagentur „Mehr" Interviews mit Faurisson, dem US-Amerikaner Arthur Butz und dem Kanadier Paul Fromm. Einzelne Interviews druckte anschließend die englischsprachige Zeitung „Tehran Times" nach. Unter dem Titel „Historiker und Forscher unterstützen die Sichtweise des iranischen Präsidenten zum Holocaust" wurden auf der Homepage von „Tehran Times" E-Mails von Faurisson und Horst Mahler veröffentlicht. Mahler rief im Januar 2006 die NPD auf, die „Forschungsergebnisse" der Revisionisten „im politischen Kampf" bekannt zu machen und endlich die „Zeichen der Zeit" richtig zu deuten: „Oder will Udo Voigt warten, bis der Iran und andere moslemische Länder für uns die Kastanien aus dem Feuer geholt haben werden?"

Die holocaustleugnende und aggressiv US-feindlich eingestellte Staatsführung des Iran genießt in hiesigen rechtsextremen Kreisen einen guten Ruf. „An der Frage 'Für oder Gegen Iran'", so der rechtsextreme Ideologe Jürgen Schwab, „lässt sich künftig die Spreu vom Weizen trennen."

Anton Maegerle

Blick in die Zeitgeschichte

Die Facetten des Grauens

Neue Dauerausstellung im Haus der Wannsee-Konferenz.

Die Orte, die für die Shoah, die systematische Vernichtung der europäischen Juden stehen, sind düster. Sie heißen Auschwitz, Theresienstadt, Buchenwald… Doch der Ort, an dem der entscheidende Impuls zur „Endlösung der Judenfrage" gegeben wurde, ist alles andere als düster: Prächtig und in bester Lage am Berliner Wannsee findet sich die Villa, in der 15 führende Nazis am 20. Januar 1942 über das Schicksal Hunderttausender jüdischer Menschen entschieden. Vor kurzem wurde eine neu erarbeitete Dauerausstellung im Erdgeschoss der Wannsee-Villa eröffnet, die seit 1992 Gedenk- und Bildungsstätte ist.

Nahezu 800 000 Besucher aus dem In- und Ausland hatten die erste, von Gerhard Schönberner und Johannes Tuchel konzipierte Dauerausstellung im Haus der Wannsee-Konferenz gesehen, erklärte nicht ohne Stolz Norbert Kampe, der Leiter der Gedenkstätte, bei der Eröffnung der neuen Präsentation. „Nachdem die Öffnung der osteuropäischen Archive in den 90er Jahren Historikern zusätzliches Wissen und neue Erkenntnisse möglich machte", so Kampe, „wurde es unumgänglich, eine neue Ausstellung mit didaktisch aufbereitetem aktuellem Forschungsstand zu erarbeiten."

Der hohe Anspruch ist eindrucksvoll umgesetzt worden: In 15 Räumen der Villa fasst die Ausstellung 15 verschiedene Themenabschnitte zusammen; angefangen bei den historischen Wurzeln von Rassismus und Antisemitismus über die beginnende Judenverfolgung nach der Machtübernahme durch die Nazis bis zur Wannsee-Konferenz und der Massentötung jüdischer Menschen in Konzentrations- und Todeslagern.

Erarbeitet wurde die neue Ausstellung unter der Leitung von Norbert Kampe gemeinsam von neun Historikern. Sie beachteten strikt – bei unvermeidbarer Textlastigkeit – die Notwendigkeit, gerade jüngere Ausstellungsbesucher über Bilder, Plakate, Video- und Audioclips für das Thema zu interessieren. So finden sich bereits zu Beginn des Rundgangs zusammengefasst vier Familiengeschichten, die exemplarisch für die Schicksale jüdischer Menschen in der Nazizeit stehen. Norbert Kampe: „Wir wollten im Haus der Täter den Opfern einen Namen geben." Im Verlauf des Rundgangs tauchen die Namen der Familienmitglieder mehrfach auf und verleihen so dem angesichts der Dimensionen eigentlich unvorstellbaren Verbrechen der Nazis immer wieder ein Gesicht.

Propagandaplakate, Zeitungsausschnitte, Fotos und Landkarten illustrieren die zusammenfassenden, eingängig geschriebenen Ausstellungstexte. Von Raum zu Raum werden die Besucher stärker in die Schreckensspirale hineingezogen: Beginnend bei Boykottaufrufen gegen jüdische Geschäftsinhaber, Anwälte oder Ärzte 1933, weiter zu den Pogromen des 9. November 1938, bis hin zum Massenmord an den Juden Europas führt die Präsentation durch die wichtigsten Abschnitte dieser Zeit.

Einer der schönsten Räume des Hauses ist dem zentralen Thema „Die Wannsee-Konferenz" vorbehalten. Im früheren Speisezimmer der zwischen 1941 und 1945 von der SS als Gäste- und Tagungshaus genutzten Villa werden die Teilnehmer der Veranstaltung porträtiert und das Protokoll der Konferenz ausgestellt. Die vom Chef des Reichssicherheitshauptamts Reinhard Heydrich geleitete und von Adolf Eichmann protokollierte Zusammenkunft dokumentiert deutlich, dass der NS-Staat den Völkermord an den Juden längst plante und nach der Konferenz an die systematische Umsetzung dieses Vorhabens ging.

Zitate von Überlebenden, Kindern von Opfern und Tätern dokumentieren, wie wichtig die anhaltende Auseinandersetzung mit der Nazizeit und dem Holocaust ist. Der Besuch dieser Ausstellung ist ein guter, erster Schritt dazu. *Gudrun Giese*

Die Wannsee-Konferenz und der Völkermord an den europäischen Juden, Haus der Wannsee-Konferenz, Am Großen Wannsee 56-58, 14109 Berlin. Vortragsveranstaltungen: 12.3.: „Die Bedeutung jüdischer Ärzte in der Berliner Medizin am Beispiel des Chirurgen Moritz Katzenstein"; 19.3.: „'Ich versuche, jeden zu retten'. Aus Briefen und Tagebüchern des Wehrmachtsoffiziers Wilm Hosenfeld"; 26.3.: „Die Deutschen und das Novemberpogrom. Reaktionen auf den 9.11.1938." www.ghwk.de

Meldungen

Führungsfrage geklärt

Berlin – Die Auseinandersetzung über die Frage, wer rechtmäßig an der Spitze der Deutschen Partie (DP) ist, scheint beendet zu sein. Nach Angaben von Claudia Wiechmann und Ulrich Pätzold, die im Mai 2005 bei einem Parteitag in Rehau als Bundesvorsitzende gewählt worden waren, hat der frühere Parteichef Heiner Kappel seine Berufung gegen ein Urteil des Landgerichts Berlin jetzt zurückgezogen. Das Landgericht hatte die Beschlüsse des Rehauer Parteitags für rechtsgültig erklärt. Kappel sei mittlerweile auch aus der DP ausgeschlossen worden, teilten Wiechmann und Pätzold mit. Kappel hatte der neuen Führungsspitze eine besondere Nähe zur NPD vorgeworfen. (ts)

NPD-Spitzenfunktionär vor Gericht

Itzehoe – Stefan Köster, NPD-Bundesgeschäftsführer und Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern, muss sich ab 19. April vor dem Amtsgericht Itzehoe wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten. Köster hatte am 4. Dezember 2004 bei einer NPD-Wahlveranstaltung in Steinburg bei Itzehoe in Schleswig Holstein auf eine am Boden liegende Demonstratin eingeschlagen und -getreten. Köster, vormaliges Mitglied der neonazistischen Wiking-Jugend (WJ), kandidiert bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im September dieses Jahres auf Platz vier der NPD-Liste. (am)

„Menschenverachtend“

Northeim – Das mehrfach vorbestrafte NPD-Bundesvorstandsmitglied Thorsten Heise aus Fretterode ist vom Amtsgericht Northeim wegen Volksverhetzung zu einem Jahr Bewährungsstrafe verurteilt worden. Zu den gerichtlichen Auflagen gegen den 36-jährigen Anführer der „Kameradschaft Northeim“gehören 200 Stunden gemeinnütziger Arbeit und 15 000 Euro Strafgeld. Wie die „Hessisch-Niedersächsische Allgemeine“ berichtete, sah es das Gericht als erwiesen an, dass Heise vor rund vier Jahren einem Presswerk in Thailand den Auftrag zur Produktion von 6000 CDs der Rechtsrockband „Sturm 18“ mit volksverhetzenden Liedtexten erteilt hatte, um diese in Deutschland zu vertreiben. Eine der beiden Sendungen war vom Zoll am Frankfurter Flughafen abgefangen worden. Heise selbst hatte angegeben, es habe bei der Lieferung eine Panne gegeben, die Tonträger seien nicht für den deutschen Markt bestimmt gewesen, sondern hätten an einen Geschäftspartner in Schweden gehen sollen. Das Gericht glaubte ihm nicht, immerhin sei ein Teil der fertigen Lieferung an eine Tarnanschrift in Göttingen adressiert gewesen. Die Staatsanwaltschaft nannte die Liedtexte „widerlich, volksverhetzend und menschenverachtend“. „Es kommt der Tag der Rache“, heißt es auf der eingezogenen CD, „wir werden Terroristen sein“. Und weiter: „Euer Nürnberg wartet bereits auf Euch, und die Strafen sind schon klar. Für Spiegel, Friedman und Konsorten tut’s auch gerne Zyklon B“. Ein weiteres Verfahren gegen Heise wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz im November 2003 wurde eingestellt. (ar)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de